



## Fragebogen zur Vernehmlassung: Beiträge des Bundes an die Olympischen und Paralympischen Winterspiele „Sion 2026“

Nachfolgend finden Sie einige Fragen zum Vernehmlassungsbericht Beiträge des Bundes an die Olympischen und Paralympischen Winterspiele „Sion 2026“. Wir bitten Sie, die Fragen in jedem Fall zu beantworten, unabhängig davon, ob Sie eine ausführliche Stellungnahme verfassen – besten Dank!

### Persönliche Angaben

*Diese Angaben brauchen wir für die Bearbeitung des Fragebogens.*

|                              |                                |
|------------------------------|--------------------------------|
| Absender/in                  | SP Schweiz                     |
| Institution/Abteilung        | Abteilung Politik              |
| Kontaktperson für Rückfragen | Chantal Gahlinger              |
| Strasse, Nummer              | Theaterplatz 4                 |
| PLZ/Ort                      | 3011 Bern                      |
| E-Mail                       | chantal.gahlinger@spschweiz.ch |
| Telefon                      | 079 694 19 67                  |

### 1) Wie stehen Sie grundsätzlich zur Durchführung Olympischer und Paralympischer Winterspiele in der Schweiz?

**Bemerkungen:** Die SP Schweiz setzt sich seit jeher konsequent für Sport und Sportförderung ein. Wir haben die Sportförderkonzepte des Bundes unterstützt, Schneesportinitiativen gefordert und uns wiederholt für eine Aufstockung der J+S-Kredite (Jugend und Sport) stark gemacht. Wir unterstützen die Olympischen Winter-Jugendspiele 2020 in Lausanne und die Winteruniversiade 2021 in der Zentralschweiz mit Überzeugung. Sport hat einen grossen Wert für die Gesundheit und die Integration. Er hat auch eine grosse wirtschaftliche Bedeutung. In diesem Sinne versteht sich die SP als Partei, die den Sport, insbesondere auch den Breitensport, mit Nachdruck unterstützt und für dessen Förderung einsteht.

In der Vergangenheit war aber gerade auch der Sport regelmässig von Kürzungen betroffen. Betroffen waren und sind der freiwillige Sportunterricht, Sportlager und Sporttage sowie Angebote des freien Schulsports. In einzelnen Fällen ist sogar der obligatorische Schulsport betroffen. Angesichts dieser Abbaumassnahmen, die einer langfristig wirkenden Sportförderung für alle zuwiderlaufen, weisen wir auf den Widerspruch hin, dass nun für ein Grossprojekt wie Sion 2026 genügend Mittel zur Verfügung stehen sollen. Die Durchführung Olympischer und Paralympischer Winterspiele in der Schweiz ist für uns mit etlichen Fragezeichen verbunden, die wir bei den nächsten Punkten dieser Stellungnahme genauer ausführen.

### 2) Befürworten Sie die Kandidatur Sion 2026 zur Durchführung Olympischer und Paralympischer Winterspiele in der Schweiz?

- Ja  
 Nein

X Unter bestimmten Voraussetzungen (diese bitte beschreiben)



**Bemerkungen:** Olympische Spiele müssen vor allem von der betroffenen Bevölkerung in den Kantonen, den Regionen und den Städten getragen und unterstützt werden. In diesem Sinne ist für uns die demokratisch legitimierte Zustimmung der jeweils betroffenen Bevölkerung Bedingung sine qua non. Entscheide, wie sie am 3. März 2013 und am 12. Februar 2017 im Kanton Graubünden getroffen wurden, sind als verbindlich zu betrachten.

Weil olympische Winterspiele auch ein grosses finanzielles Engagement des Bundes verlangen, ist eine Volksabstimmung auch auf Bundesebene gerechtfertigt.

Abgesehen von dieser Anforderung an die demokratische Legitimation eines solchen Grossanlasses haben wir grundsätzliche Bedenken: Spiele, die den Grundsätzen der Nachhaltigkeit und der sozialen Verantwortung gerecht werden, sind unter dem IOC heute kaum möglich. Die Ausrichtung auf Kommerz, Grösse und Gigantismus steht dem entgegen. Korruptionsaffären untergraben das Vertrauen und lassen an einer verlässlichen Partnerschaft zweifeln. Bisher fehlen uns glaubwürdige Signale, dass sich die IOC-Spitze in eine Richtung bewegt, die den Grundsätzen der Nachhaltigkeit wirklich entspricht. Die «Agenda 2020», die eine Verbesserung erzielen sollte, beinhaltet nur Empfehlungen.

Olympische Spiele soll es nur geben, wenn das IOC verbindliche Regeln für Spiele ohne Gigantismus beschliesst und wenn Vergabe und Durchführung von Spielen den Grundsätzen der Nachhaltigkeit verpflichtet sind. Verschiedene Regionen oder Städte haben die Durchführung olympischer Spiele abgelehnt, so Boston, München, Hamburg, Tirol, der Kanton Graubünden oder Oslo. Wissenschaftliche Untersuchungen machen deutlich, dass olympische Spiele keine signifikant positiven Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung haben (siehe u.a. Studien von [Teigland](#) und [Stettler](#)).

**3) Befürworten Sie eine Beteiligung des Bundes an der Durchführung Olympischer und Paralympischer Winterspiele in der Schweiz?**

Ja

Nein

Unter bestimmten Voraussetzungen (diese bitte beschreiben)

**Bemerkungen:** Olympische Winterspiele erfordern ein grosses finanzielles Engagement des Bundes. An die Organisations- und Durchführungskosten soll der Bund gemäss vorgelegtem Bundesbeschluss einen Beitrag von 827 Millionen Franken leisten. Wir fordern, dass der Bundesrat für diesen Beitrag eine referendumsfähige Gesetzesgrundlage vorlegt, siehe dazu die Motion Semadeni 17.4069 („Olympische Winterspiele 2026. Das Volk soll entscheiden“). Die Stimmbevölkerung soll sich auch auf nationaler Ebene zu diesem Grossvorhaben äussern können. Die demokratisch geführte Diskussion und Legitimation ist umso wichtiger, als für andere Vorhaben, die aus gesellschaftlicher und sozialer Sicht von Bedeutung sind, oft mit dem Argument der knappen Finanzen keine Mittel bewilligt werden. So wurden die Gelder für zwei Wochen olympische Spiele im Bundesrat in der gleichen Sitzung gesprochen, in der der Vaterschaftsurlaub aus finanziellen Gründen abgelehnt wurde.

Gegenüber dem IOC gibt der Bund gemäss Bundesbeschluss eine maximale Defizitgarantie von 215 Millionen Franken ab. Sollte ein höheres Defizit resultieren, wie es angesichts verschiedener Erfahrungen mit olympischen Spielen alles andere als ausgeschlossen ist, stellt sich die Frage, ob es nicht trotz dieses Bundesbeschlusses zu einer Staatshaftung kommen könnte. Der Bundesrat wird deshalb gemäss Postulat Leutenegger-Oberholzer 17.4252 („Olympische und Paralympische Winterspiele "Sion 2026". Staatshaftung. Gutachten“) aufgefordert, für den Fall einer Beteiligung des Bundes bzw. von Kantonen und Gemeinden an den olympischen Winterspielen 2026 die Frage der Staatshaftung rechtlich umfassend durch ein unabhängiges Rechtsgutachten klären zu lassen. Zu prüfen ist insbesondere die Frage, ob der explizite Ausschluss einer weitergehenden Haftung des Bundes über den beabsichtigten Kredit hinaus eine Staatshaftung des Bundes ausschliesst wie auch die Frage, ob mittels einer Versicherung eine weitergehende Haftung von Bund, Kantonen und/oder Gemeinden aus-



geschlossen werden kann. Wir wiederholen diese im erwähnten Postulat aufgestellte Forderung an dieser Stelle mit Nachdruck. Zudem stellt sich auch die Frage, inwieweit die Kantone haftbar sein könnten. Auch diese Frage müsste genau abgeklärt werden.

Ganz grundsätzlich stellen wir folgende Frage: Auf welcher gesetzlichen Grundlage beruht der Entscheid des Bundesrats in Bezug auf diese Vorlage? Wir wünschen uns neben einer Darlegung der entsprechenden gesetzlichen Grundlage eine Überprüfung derselben im Hinblick auf künftige Vorhaben dieser Grössenordnung.

#### **4) Welche Chancen erkennen Sie als Folge der Olympischen und Paralympischen Winterspiele in Ihrem Bereich?**

Olympische und Paralympische Winterspiele sind ein nationales Projekt mit grosser internationaler Ausstrahlung. Sie fördern das Zusammengehörigkeitsgefühl und motivieren breite Bevölkerungskreise, sich sportlich zu betätigen.

Die Prinzipien des Olympismus entwickeln eine Wirkung in die Gesellschaft hinein. Gegenseitiges Verständnis, Freundschaft, Solidarität und Fairplay sind Werte, die so vermittelt werden.

#### **5) Welche Risiken erkennen sie als Folge der Olympischen und Paralympischen Winterspiele in Ihrem Bereich?**

Olympische Winterspiele sind in den letzten Jahren immer gigantischer geworden: Mehr Nationen und Athletinnen und Athleten, neue Disziplinen, mehr Medienleute, mehr Publikum, grössere Infrastrukturen, hohe Kosten, kaum Nachhaltigkeit. Die Austragung der Spiele wird durch das IOC bis ins kleinste Detail geregelt. Dies wird für Sion 2026 nicht anders sein. Der Kanton Graubünden, Tirol, Innsbruck, München und andere potenzielle Durchführungsorte haben aus diesen Gründen auf die Durchführung von olympischen Winterspielen verzichtet.

Wir befürchten negative Auswirkungen auf die Umwelt u.a. als Folge des Verkehrsaufkommens und aufgrund der Belastung der Umwelt durch einen Grossanlass insgesamt. Es besteht insbesondere die Gefahr von Konflikten mit Schutzzonen und Landschaften von nationaler Bedeutung. Eingriffe in Natur und Landschaft sind auch bei der Nutzung bestehender Infrastrukturen, die olympiatauglich gemacht werden müssen, unvermeidlich.

Weiter bestehen massive finanzielle Risiken. Das IOC schützt sich vor Risiken und übernimmt keine Defizite. Im Host City-Vertrag wird festgelegt, dass die Gastgeberstadt die gesamtschuldnerische Haftung für Ausrichtung und Ablauf der Spiele übernimmt (Beispiel: Host City-Vertrag Hamburg 2024). Austragungen von Olympischen Spielen der letzten Jahrzehnte waren von Kostenüberschreitungen geprägt. Seit den Spielen 1964 in Innsbruck wurde das Budget im Durchschnitt jeweils um 137 % überschritten, wie eine [Untersuchung der Universität Oxford](#) belegt. Es sei an dieser Stelle folgende Aussage aus dieser Studie zitiert: "(...) Moreover, cost overrun is found in all Games, without exception; for no other type of mega-project is this the case. 47 percent of Games have cost overruns above 100 percent. The largest cost overrun for Summer Games was found for Montreal 1976 at 720 percent, followed by Barcelona 1992 at 266 percent. For Winter Games the largest cost overrun was 324 percent for Lake Placid 1980, followed by Sochi 2014 at 289 percent. (...)" Bezahlt hat immer die öffentliche Hand, die Bevölkerung. Auf einer ganz grundsätzlichen Ebene stellt sich die Frage, wieso die Durchführungskosten nicht vom IOC getragen werden.

Nicht nur die Host City, auch die Durchführungskantone, insbesondere der Kanton Wallis, gehen grosse Risiken ein: Eine über den Betrag von 827 Millionen Franken hinausgehende Finanzierungslücke ist gemäss vorgelegtem Bundesbeschluss von der Durchführungsorganisation oder den Durchführungskantonen zu tragen. Der Kanton Wallis beantragt dem Parlament maximal 100 Millionen Franken für Infrastrukturen und Sicherheit. Defizite will er keine übernehmen. In Zeiten, wo massive Sparpro-



gramme so zentrale Bereiche wie die Bildung oder soziale Aufgaben heute schon bedrohen, sind zusätzliche Belastungen in den meisten Kantonen kaum tragbar.

Ein spezifischer Risikofaktor bezüglich Finanzen sind die Sicherheitskosten. Aufgrund der Grösse des zu sichernden Raums, der Vielzahl gleichzeitig stattfindender Wettkämpfe in dezentralen Wettkampforten, der Zeitdauer, der Anzahl völkerrechtlich geschützter Personen, Athletinnen und Athleten, Zuschauerinnen und Zuschauer sowie des medialen Interesses ist es wahrscheinlich, dass die budgetierten Beiträge nicht ausreichen. An der Herbstversammlung 2017 in Genf hat die Mehrheit der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren im Sinne einer Empfehlung zudem festgehalten, dass sie ihre Polizistinnen und Polizisten nicht gratis an die Olympischen Spiele schicken wollen. Man wolle zwar Polizistinnen und Polizisten zur Verfügung stellen, diese aber gemäss Vereinbarung über die interkantonalen Polizeieinsätze mit 600 Franken pro Tag und Polizeikraft verrechnen. Das hätte natürlich entsprechende zusätzliche finanzielle Folgen für die Durchführungskantone. Die Unterstützung der Durchführungskantone mit Polizeikräften aus der ganzen Schweiz würde auch dazu führen, dass die polizeiliche Versorgung in den übrigen Kantonen reduziert wird, was ebenfalls als problematisch zu werten ist.

Die Auswirkungen einer Olympiade auf den Tourismus sind ebenfalls umstritten: Die touristische Bedeutung des Wintersports nimmt auch in der Schweiz ab (Klimawandel, kürzere Saison, hohe Kosten). Die Wachstumspotenziale des alpinen Tourismus liegen im Umbau des traditionellen Wintertourismus zu einem Ganzjahrestourismus mit mehr Kultur- und Naturnähe und nicht in einer weiteren Aufrüstung der Wintersportinfrastruktur.

Wir danken für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Mit freundlichen Grüssen  
SP Schweiz

Christian Levrat  
Präsident SP Schweiz

Chantal Gahlinger  
Politische Fachsekretärin SP Schweiz